

EnEVNEWS

Bundesverband der Deutschen Ziegelindustrie e.V.

Bonn, im Mai 2013

- [EnEG im Deutschen Bundestag verabschiedet](#)
 - [Beginn der Beratungen zu EnEG/EnEV im Bundesrat](#)
 - [Bayerische Landesregierung gegen Erhöhung der Energieeffizienzstandards um 25 Prozent](#)
- [Tagung: BDI initiativ – Energieeffiziente Gebäude](#)



EnEG im Deutschen Bundestag verabschiedet

Am 16. Mai wurde das EnEG mit den Stimmen der Regierungskoalition verabschiedet. Der Bundesrat erhält nun das EnEG zur Beratung und somit die notwendige Ermächtigungsgrundlage, um auch über die EnEV zu entscheiden. Die 2./3. Lesung des EnEG im Bundestag wurde von den Rednern mehrheitlich genutzt, um vor allem auch Kritik an der EnEV zu äußern.

Die Abgeordneten Michael Groß MdB (SPD), Daniela Wagner MdB (Bündnis 90/Die Grünen) und Sebastian Körber MdB (FDP) sehen die zweistufige Anhebung der Effizienzstandards im Entwurf der EnEV kritisch. Richtwerte, die sich ständig änderten, böten keinen verlässlichen Rahmen für Bauherren, so die Abgeordneten. Körber unterstützt darüber hinaus die Position, dass lediglich eine einmalige Anhebung um 15 Prozent erfolgen sollte. Er zeigte sich zuversichtlich, dass bei den Beratungen der EnEV im Bundesrat noch Änderungen am Verordnungstext erfolgen werden. Eva Bulling-Schröter MdB (Die Linke), Vorsitzende des Umweltausschusses, sagte, die Energiewende im Gebäudebereich könne nur mit einem Anstieg der Sanierungsquote von 2 auf 3 Prozent gelingen.

[Zum Seitenanfang](#)



Beginn der Beratungen zu EnEG/EnEV im Bundesrat

Nach der Überweisung des EnEG an den Bundesrat berieten sich hierzu Ausschüsse am 23./24. Mai. Der Umweltausschuss empfahl dem Plenum die Anrufung des Vermittlungsausschusses. Die Umweltminister begründen die Empfehlung unter anderem damit, dass die Akzeptanz und Transparenz im Wohnungsbau aufgrund der verschiedenen parallelen energieeinsparrechtlichen Vorschriften des Bundes (Energieeinsparungsgesetz (EnEG), Energieeinsparverordnung (EnEV) und Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG)) leide. (bundesrat.de, 27.05.2013, direkter [Link](#) zur Beschlussempfehlung)

Achtung: Auch verschiedene Länder signalisierten in Gesprächen, dass eine Anrufung des Vermittlungsausschusses wahrscheinlich ist.

Anmerkung zum Vermittlungsausschuss: Die Empfehlung des Umweltausschusses wird in der nächsten Sitzung des Bundesrates am 7. Juni diskutiert. Das Plenum des Bundesrates kann der Empfehlung des Ausschusses nachkommen und den Vermittlungsausschuss anrufen, ist aber **nicht dazu verpflichtet**. Der Vermittlungsausschuss besteht aus Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates und handelt mögliche Änderungen bei Gesetzen aus, kann die Äußerungen jedoch nicht verbindlich beschließen. Diese müssen von Bundestag und Bundesrat erneut beschlossen

werden. Erfahrungsgemäß kann die erneute Verabschiedung relativ rasch vonstattengehen, da sich im Vermittlungsausschuss beide Kammern bereits einig waren.

Mögliche zeitliche Abläufe:

1. Zeitlicher Verlauf ohne Anrufung des Vermittlungsausschusses:
 - a.) Der Vermittlungsausschuss wird nicht angerufen und die Ausschüsse können die EnEV in den Ausschusssitzungen am 20./21. Juni abschließend behandeln. In diesem Fall kann die EnEV immer noch am 7. Juli vom Bundesrat beschlossen werden.
 - b.) Der Vermittlungsausschuss wird nicht angerufen und die Ausschüsse können die EnEV in den Ausschusssitzungen am 20./21. Juni nicht abschließend behandeln, In diesem Fall könnte die EnEV noch am 20. September vom Bundesrat beschlossen werden.
2. Zeitlicher Verlauf mit Anrufung des Vermittlungsausschusses:
 - a.) Wird der Vermittlungsausschuss angerufen und kommt bis Ende August zu einem Ergebnis, könnte der Bundestag das EnEG am 2./3. September verabschieden; EnEG und EnEV könnten am 20. September vom Bundesrat beschlossen werden.
 - b.) Kommt der Vermittlungsausschuss bis September zu keinem Ergebnis, müssen EnEG und EnEV in der kommenden Legislaturperiode erneut formuliert werden.

Hinweis: Die Anrufung des Vermittlungsausschuss würde den Ablauf der Beratungen des EnEG verzögern und somit der Ziegelindustrie mehr zeitlichen Spielraum geben, ihre inhaltlichen Forderungen bezüglich der EnEV auf Länderebene nachdrücklich zu platzieren.

[Zum Seitenanfang](#)

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Bayerische Landesregierung gegen Erhöhung der Energieeffizienzstandards um 25 Prozent

Beim Verbandstag des VdW Bayern am 16. Mai kündigte der bayerische Innenminister Joachim Hermann MdL (CSU), Mitglied im Wohnungsbauausschuss des Bundesrates, Widerstand gegen die Planungen des Bundes an, mit der Novellierung der EnEV die primärenergetischen Anforderungen im Wohnbereich um 25 Prozent zu erhöhen. Bei aller Notwendigkeit von Energiesparmaßnahmen dürfe man die Wirtschaftlichkeit nicht aus den Augen verlieren („das ist grober Unfug. Die Amortisationszeiträume für die höheren Aufwendungen würden zwischen mindestens 32 Jahren und über 150 Jahren liegen. Das machen wir nicht mit!“) (stmi.bayern.de, 16.05.2013, direkter [Link](#))

[Zum Seitenanfang](#)



Tagung: BDI initiativ – Energieeffiziente Gebäude

Am 15. Mai nahm Hill+Knowlton Strategies für den Bundesverband der Deutschen Ziegelindustrie an der Veranstaltung "Projekt Energiewende - Hoffnungsträger Gebäudeenergieeffizienz?!" des BDI teil.

Bundesumweltminister Peter Altmaier MdB (CDU) und der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Jan Mücke MdB (FDP), kündigten in ihren Vorträgen insbesondere **Maßnahmen für den Gebäudebestand** an:

- Altmaier stellte für einen Wahlsieg der CDU/CSU im September weitere steuerliche Anreize für energetische Sanierungsmaßnahmen bei Wohngebäuden in Aussicht.
- Staatssekretär Mücke kündigte die Veröffentlichung eines Sanierungsfahrplans durch das Bundesbauministerium an. Darüber hinaus sprach er sich gegen „überzogene Baustandards“ aus und befürwortete den Leitgedanken „Anreiz statt Zwang“. Den Brennwertkessel lobte Mücke als „deutsche Vorzeigetechnologie“ mit nahezu 100% Wirkungsgrad, die es unbedingt beizubehalten gelte. Schließlich hieß er mehrere kleine Verschärfungsstufen im Gegensatz zu einem großen Verschärfungsschritt bei der Anhebung von Energieeffizienzstandards im Gebäudebereich gut.

Anmerkung: An der anschließenden Diskussionsrunde nahmen Abgeordnete aller Bundestagsfraktionen mit Ausnahme der Partei Die Linke teil. **EnEV und EnEG waren nicht explizit Gegenstand der Diskussion.** Auch zum Thema „Neubau“ wurde wenig gesagt. Ebenso wurde nicht auf Inhalte möglicher Änderungsanträge der Länder oder auf Konfliktlinien zwischen Bundesrat und Bundesregierung eingegangen.

[Zum Seitenanfang](#)

Bei Rückfragen wenden Sie sich gerne an:

Bundesverband der Deutschen Ziegelindustrie e.V.
Schaumburg-Lippe-Straße 4
53113 Bonn
Ansprechpartner: Andre Staniszewski
Tel. +49 (0)228-91493-34
Mail: staniszewski@ziegel.de